Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 28 (1934)

Heft: 11

Artikel: Zur Weltlage : Donau-Gefahren ; Die pazifische Gefahr ; Die Saargefahr ; Die Rüstungsgefahr ; Die bürgerliche Kampf : Diktatur, Reaktion, Demokratie ; Gandhi ; Soziale Gärung, Sozialismus, Faschismus, Kommunismus ; Die Kirchen in Kampf und Abfall

Autor: Ragaz, Leonhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-136588

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Weltlage

Das, was während der letzten Wochen in den Weltbegebenheiten beſonders hervorgetreten iſt, konzentriert ſich wieder auf einige Hauptpunkte und Hauptprobleme, die ſich jeweilen ſozuſagen zu einem Kreis zuſammenſchließen.

Wenn wir, wie ſich beſonders im Zuſammenhang mit dem letzten Berichte aufdrängt, von den Schüſſen von *Marſeille* ausgehen, dann gelangen wir zu dem Kreis von Problemen, der zwar ſchon vorher da war, durch ſie aber blitzartig beleuchtet worden iſt und ſich erſt recht zu einer großen Gefahr entwickelt hat: ich meine das, was wir die

Donau-Geſahren

nennen können. Jene Schüſſe, welche zunächſt nur die inneren Gefahren des jugoſlawiſchen Staatsgebildes offenbarten, hatten den Erfolg (der wohl auch der *Zweck* war), das ganze franzöſiſche Sicherheitsſyſtem zu erſchüttern. Es wird denn auch berichtet, daß das in der Tat unglaubliche Verſagen der Polizei beim Morde von Marſeille, das durch allerlei andere Vorgänge und Tatſachen (den Fall Stawiſky, den mit ihm zuſammenhängenden Fall Prince, die Unſtetigkeit des Regierungsſyſtems uſf.) erſchütterte Vertrauen zu Frankreich im jugoſlawiſchen Volke vollends ins Wanken gebracht habe. Darauf ſtürzte ſich natürlich ſofort Deutſchland, das ſchon vorher nach Belgrad ſeine Angel, beſonders mit wirtſchaftlichem Köder, ausgeworfen hatte. Göring erſchien bei der Trauerfeier für König Alexander und wußte ſich trotz ſeines ſowohl theatraliſch-lächerlichen als taktloſen Auftretens einen gewiſſen Erfolg zu ſichern. Der jugoſlawiſche Zorn wendet ſich gegen Ungarn, das auf einem einſamen Gut zu Janka Pußta jahrelang einen ganzen Verſchwörerherd geduldet hatte, ſowie gegen Oeſterreich und Italien, die beide an dieſen Agitationen gegen Jugoſlawien beteiligt waren — offenbar vergeſſend, daß das von Hitler-Deutſchland ebenfalls gilt. Ungarn gerät darob in Unruhe. Sein Miniſterpräſident Gömbös ſucht eine Stütze in Warſchau. Ob er ſie gefunden hat? Polen ſeinerſeits bedroht die Tſchechoſlowakei mit Eroberung eines Teiles ihres Gebietes, auf den es Anſpruch macht. Gleichzeitig nutzt es ſeine ſchmählichen Flitterwochen mit Hitler-Deutſchland (die auch in der Errichtung von „Botſchaften“ an Stelle der „Geſandtſchaften“ zum Ausdruck kommen) möglichſt zu ſeinen Gunſten aus, indem es Danzig einzuſpinnen verſucht und auch anderwärts die — Deutſchen bedrängt und zurückdrängt. Mehr Anklang ſcheint Gömbös in Rom und auch in Wien zu finden. Italien, Oeſterreich und Ungarn ſchließen ſich zu einer Art von beſonderem Block zuſammen. Was will Muſſolini mit dieſem Spiel? Will er bloß einen neuen

Damm gegen ſeinen Kollegen Hitler aufrichten, oder vor allem dieſen von Jugoſlawien trennen? Will er den Augenblick der Verwirrung benutzen, um ſich eine Vorherrſchaft im „Donauraum“ zu ſichern? Und wo bleibt Oeſterreichs Unabhängigkeit?

Für die Befriedung Oſt- und Mitteleuropas und damit ganz Europas von fundamentaler Wichtigkeit iſt die Bildung eines durch Ausgleich, Reviſion im Rahmen des Möglichen, wirtſchaftlichen, politiſchen, kulturellen Zuſammenſchluß in föderaliſtiſchem Rahmen beruhigten „Donauraumes“. Das iſt die Politik Englands (ſoweit das eine hat), Frankreichs und der Kleinen Entente und ſollte auch diejenige Italiens ſein. Ein verheißungsvoller Pfeiler dieſes Baues iſt doch wohl das, was man vorher Balkanpakt nannte und nun bezeichnenderweiſe *Balkan-Entente* nennt. Schon der Name deutet an, daß es ſich um etwas wie eine Nachahmung und jedenfalls Ergänzung der Kleinen Entente handelt. Dieſe Balkan-Entente (zu der bis jetzt Jugoſlawien, Rumänien, Griechenland und die Türkei gehören) ſcheint in Ankara eine ſehr fruchtbare Zuſammenkunft gehabt zu haben. Sie hat, wie die Kleine Entente, regelmäßige Miniſterzuſammenkünfte beſchloſſen, ein ſtändiges Sekretariat, einen Wirtſchaftsrat, Vereinheitlichung der Geſetzgebung, Bereicherung der wirtſchaftlichen und kulturellen Beziehungen. Auch das ſchon durch König Alexander weitgehend verſöhnte Bulgarien ſoll ſo bald als möglich eingegliedert werden. Man ſieht: es handelt ſich um etwas wie eine Balkan-Eidgenoſſenſchaft und man kann nur innig wünſchen, daß dadurch der jahrhundertelange Kriegsherd in einen Friedenstempel verwandelt werde. Jedenfalls würden dadurch Italiens Abſichten auf den Balkan, ſoweit ſie imperialiſtiſcher Art ſind, zunichte gemacht. Vielleicht wirft ſich Muſſolini auch darum ſo ſehr auf Mitteleuropa und daneben auf Afrika und Aſien.

Inzwiſchen erfüllen freilich die durch die Schüſſe von Marſeille aufgeweckten Dämonen die Luft. Es ſcheint wie eine internationale conspiration de silence in bezug auf die Vorgeſchichte dieſer Schüſſe zu beſtehen, zu dem Zwecke, eine Steigerung der Leidenſchaften zu vermeiden, aber es frägt ſich, ob das Mittel nicht das Gegenteil wirkt, indem es jeglichem Mißtrauen und dem ſchlimmſten Walten der Fama Tür und Tor öffnet. Jugoſlawien hat freilich an Ungarn etwas wie ein Ultimatum gerichtet. Eine wilde Emigrantenhetze trifft auch ſo viele Unſchuldige, die zum Adel der Menſchheit gehören. Von Papen verſucht in Wien mit Aufgebot klerikaler Einflüſſe einen ſozuſagen „unvermerkten“ Anſchluß zu bewirken. Welche Politik die an Stelle des Königs Alexander getretene Regentſchaft für den armen Knaben Peter, der mit zwölf Jahren König ſein ſoll, ſtatt mit Ball und Kreiſel zu ſpielen, befolgen wird, ob ſie die enge Verbindung mit Frankreich beibehalten oder ob ſie ſich mehr mit Deutſchland einlaſſen, ob ſie die Diktatur aufrecht erhalten oder wieder mehr Demokratie zulaſſen, ob ſie am großſerbiſchen Ideal feſthalten oder den Kroaten,

Slowenen, Montenegrinern und Mazedoniern die ihnen vorenthaltene Autonomie gewähren wird,[1]) das alles ist noch wenig sicher. Und wie steht es mit der Aussöhnung mit Italien, gegen das vor und nach Marseille starke Demonstrationen stattgefunden haben (z. B. in Maribor), wie vor allem mit der Versöhnung zwischen Italien auf der einen, Frankreich und der Kleinen Entente auf der andern Seite? Das sind die Teilprobleme des großen Donauproblems, das die Geschichte der nächsten Zeit zu lösen haben wird und von dem ich, aus einem schon alten, tiefen Wunsch heraus hoffe, daß es in einer nicht nur politischen, sondern auch *sittlichen* und *kulturellen Auferstehung* und *Wiedergeburt* von *Südost-Europa* seine letzte Lösung finde.

Der zweite Kreis, in dem gegenwärtig die Weltpolitik sich konzentriert, ist

die pazifische Gefahr.

Sie lagert — welch eine Ironie! — über dem Ozean, welcher der „friedliche" heißt. Diese Gefahr wird der Welt gegenwärtig durch die *Londoner Flottenkonferenz* nahegebracht, welche in London mit Vorbereitungen begonnen hat. Es handelt sich um eine allfällige Revision jenes Washingtoner Vertrages vom Jahre 1922, welcher die Flottenstärke der drei größten Seemächte geregelt und dadurch das Weltrüsten zur See eingeschränkt hatte. Diese Flottenstärke war *so* festgelegt worden, daß diejenige Japans sich zu der von England und Amerika verhalten solle wie 3 zu je 5. Dieses Verhältnis will Japan nicht mehr ertragen. Es schützt sein Prestige und seine Sicherheit vor und verlangt wie Hitler-Deutschland „Gleichberechtigung". Diese „Gleichberechtigung" wäre auch hier in Wirklichkeit gewaltige *Ueberlegenheit.* Denn eine im Pazifischen Ozean und dazu in äußerst günstiger Lage postierte, der englischen und amerikanischen ebenbürtige japanische Flotte beherrschte nicht nur den Pazifischen, sondern auch den Indischen Ozean und bedrohte damit nicht nur China und die holländischen und französischen Besitzungen, sondern auch das ganze englische Weltreich, ja sogar die Stellung des Weißen Mannes auf der ganzen Erde. Man sieht, welche ungeheure Probleme hinter dieser „Flottenkonferenz" stehen. Es handelt sich zunächst um die Vermeidung des neuen Weltbrandes, der sicher nicht auf den Pazifischen Ozean beschränkt bliebe. Man vergesse nicht, daß er sich wahrscheinlich am Zusammenstoß zwischen Japan und Rußland entzündete. Es ist bekannt, daß Hitler-Deutschland, vielleicht nun mit Polen verbündet, bereit wäre, einem von Japan bedrängten Rußland zu Ehren des arischen Menschen in den Rücken zu fallen, und was dann weiter geschähe, ist auch nicht schwer zu sagen. Diese ganze gespannte Lage wird noch gewaltig erschwert durch die *japanische Handelskonkurrenz,* die mit allen raffiniertesten Mitteln, vor allem unterstützt durch

[1]) Eine kroatisch-slowenische Delegation soll sie sehr darum gebeten haben.

niedrigſte Löhne, den Weltmarkt erobert und beſonders England bedroht.

Dieſe furchtbare Gefahr zu beſchwören iſt nun die zweite, große Aufgabe, die uns geſtellt iſt. Zwei Wege ſcheint es dafür, rein politiſch geredet, zu geben. Einmal: Es ſcheint ziemlich ſicher, daß Japan ſich beſänne, wenn alle Mächte, die eigentlich gegen ſeine Pläne ſein müßten, ſich gegen dieſe zuſammenſchlöſſen, vor allem England und Amerika, aber auch Frankreich, Italien und Holland, um von Rußland nicht zu reden. Vielleicht würde Japan, geſchmeidig wie es iſt, dann doch einen andern Kurs vorziehen, der ja überhaupt nur zu ſeinem eigenen Vorteil gereichte. Aber daran ſcheint es ſehr zu mangeln. Da iſt einmal die alte Eiferſucht zwiſchen England und Amerika, in concreto den engliſchen und amerikaniſchen Admirälen. Sie ſind auch für die Abrüſtung der andern, d. h. der Arten von Schiffen, die ihnen nützen, aber nicht für die Abrüſtung der Waffen und Schiffe, die man ſelbſt am beſten brauchen kann. Da iſt jene Art von engliſcher Politik, die auch Freunde Englands (und zu denen gehört der Schreibende) eine „Krämerpolitik" im übelſten Sinne nennen müſſen. Sie kommt zum Ausdruck in einer „Handelsmiſſion", die England gerade jetzt nach dem Mandſchukuo ſchickt und die in Wirklichkeit eine politiſche iſt, wie in dem Verlangen nach einem *Bündnis* mit Japan gegen Amerika und Rußland.

In Japan ſelbſt ſcheint ein Militarismus zu herrſchen, der immer neu faſchiſtiſche Formen annimmt und jedenfalls eine tatſächliche Militärdiktatur darſtellt. Dieſer Geiſt kommt in einer von der Regierung herausgegebenen Broſchüre zum Ausdruck, welche den Titel trägt: „Die wahre Bedeutung der Landesverteidigung und die Mittel zu deren Bekämpfung." Flotte und Heer werden unaufhörlich verſtärkt, das Militär-Budget kennt keine Grenzen. Neuerdings werden die Karolineninſeln befeſtigt, die Japan als Mandat vom Völkerbund innehat und trotz ſeinem Austritt aus dieſem behalten will, und man gibt der Mandatkommiſſion Antworten, die der reinſte Hohn ſind. In der Mandſchurei ſchafft man gegen den Neunmächtevertrag ein Petroleummonopol, und wird ſich um den Proteſt Englands, Amerikas und Hollands ſchwerlich viel bekümmern.

Immer neu zeigt ſich, welch eine ſchwere Verſündigung es war, daß vor zwei Jahren, als Japan die Mandſchurei raubte, der Völkerbund von England und Frankreich (dem Frankreich, deſſen Außenminiſter *Briand* war!) verraten wurde. Alle Sachkenner ſind darüber einig, daß es damals leicht geweſen wäre, Japan auf eine andere Bahn zu zwingen. Dieſer Verrat, an dem natürlich die „nationale Regierung" Macdonalds und Sir Simons den Hauptanteil hat, wird teuer bezahlt werden müſſen.

Der andere Weg zur Bannung der furchtbaren pazifiſchen Gefahr wäre *poſitiver* Natur: Es wird nicht anders gehen, als daß, wenn man

Japans *Unrecht* bekämpft, auch Japans *Recht* irgendwie zur Geltung bringen muß. Wenn der Pazifische Ozean mit allem, was daran grenzt, nicht den „Gelben" gehört, so doch auch nicht einfach nur den „Weißen". So erhebt sich hinter dem Flottenproblem das Rassenproblem, das Weltproblem des Verhältnisses von „Weiß" und „Farbig", in concreto von „Weiß" und „Gelb". Es muß eine Lösung im Geiste der gegenseitigen Achtung, der Gerechtigkeit und des Friedens finden. Dieses Problem schließt gewaltige Gefahren in sich, gewiß, aber auch gewaltige Verheißung.

Die Saargefahr.

Der dritte große Gefahrenherd für den Weltfrieden liegt, wie man weiß, an der Saar. Davon ist vor allem *eine* Tatsache zu berichten: daß Frankreich an der Grenze Truppen bereitstellt, für den Fall, daß Hitler-Deutschland etwa versuchte, die Abstimmung durch Gewalt zu verhindern oder zu korrigieren. Daß diese Absicht in Deutschland besteht, ist wohl kaum zu bezweifeln. Es hängt ja der Fortbestand des Regimes nicht wenig von dem Ausgang dieser Abstimmung ab. Darum hat England geradezu diese Maßregel veranlaßt, es allerdings Frankreich überlassen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Es ist eine bedenkliche Maßregel, selbstverständlich, aber wenn sie einen Hitler-Putsch verhindern kann, ist sie gerechtfertigt. Denn die Folgen eines solchen wären unausdenkbar. Auch ist die Maßregel vom Völkerbund vorgesehen und also vollkommen rechtsgemäß. In Deutschland freilich tut man über diesen Schritt gewaltig entrüstet. Aber man beantwortet ihn neben diplomatischen Protesten dennoch mit einem Entgegenkommen: einem Verbot von Versammlungen und sogar des Uniformtragens der SA.- und SS.-Männer an den Grenzen des Saargebietes in einem Umkreis von 40 Kilometern. Ob das ehrlich gemeint ist und ehrlich durchgeführt wird? Ob es genügt? Und was bedeutet die Mission Ribbentrops nach London? Soll sie etwa für den beabsichtigten Vorstoß England paralysieren?

Die Saarfrage wird noch in einem andern Zusammenhang zu streifen sein. Auch über ihr müssen alle guten Geister wachen.[1])

---

[1]) Einige neueste Ereignisse werfen wohl ein Licht auf die mit dem pazifischen Konflikt wie mit der Saarfrage zusammenhängende Lage. Ich denke vor allem an die Annäherung zwischen *Rußland* und *England*, die in der gütlichen Regelung des alten Streites um die Lena-Goldfields zum Ausdruck kommt. (Ihr geht die Regelung der russischen Schulden an die Vereinigten Staaten parallel.) Rußland sichert sich damit englische Kredite. Es glaubt, auf englische Hilfe gegen Japan zählen zu dürfen, was auf dieses abschreckend wirken müßte. Die Hitler-Rechnung auf Englands Hilfe oder Neutralität stimme ganz und gar nicht. England würde schon wegen seiner Interessen im Baltikum nie einen Vorstoß Deutschlands gegen Rußland erlauben. Diese Haltung Englands müsse auch die *polnische* stark bestimmen. Deutschlands Kreditangebot an Rußland, falls es wirklich geschehe,

Die Rüſtungsgefahr.

Daß die *Aufrüſtung* fieberhaft vor ſich geht, überall, braucht kaum mehr geſagt zu werden. Beſonders hat ſie in Deutſchland einen Umfang und ein Tempo angenommen, welche zu der allernächſten und allerdrohendſten Weltgefahr geworden ſind. Sie hat ſich bekanntlich beſonders auf die Schaffung einer an Zahl und Ausrüſtung allen Nachbarn überlegenen Luftflotte geworfen. Die Anlage von immer neuen unterirdiſchen Flughäfen und von verborgenen Feſtungen an den Grenzen, wie die Einrichtung immer neuer Kaſernen iſt einer der an dieſem Bilde beſonders hervortretenden Züge. Krupp arbeite wieder zu 70 Prozent für Kriegsbedarf. Ob das geräuſchloſe Flugzeug Tatſache oder Märlein iſt? Aber auch die Andern rüſten, ſo viel ſie können. Nach Italien und Polen iſt neuerdings Rumänien zu einer Vollmilitariſierung des ganzen Volkes nach dem gleichen Schema geſchritten. Die Tſchechoſlowakei will die zweijährige Dienſtzeit einführen. Belgien hat Händel zwiſchend Generalſtab und Kriegsminiſter wegen der beſten Art ſeiner Landesverteidigung. Die amerikaniſche Flotte trachtet nach Rekord im raſchen Durchfahren des Panamakanals. Italien baut zwei Rieſenkampfſchiffe, welche die andern zur Nachahmung reizen. Und ſo fort.

Die Reaktion darauf iſt freilich auch vorhanden und vielleicht wieder eine wachſende Macht. Sie wirft ſich vorläufig auf den durch die amerikaniſche Senatskommiſſion beſonders deutlich aufgedeckten Skandal der *Waffeninduſtrie.* Der Generalrat der holländiſchen Gewerkſchaften und der Sozialdemokratie wie der Kongreß der Radikal-Sozialiſten zu Nantes fordern Maßregeln im Sinne der Einſchränkung

---

könne von dieſem höchſtens benützt werden, um die andern Geldgeber williger zu machen. Auch das neue Aufkommen der Arbeiterpartei bedeutet eine Sicherung für Rußland und jedenfalls keine Unterſtützung des Hitlertums — trotz allem. MacDonalds ſanfte Wendung gegen Deutſchland zeigt wohl gut den Stand der Dinge an. Man redet ſogar von Verabredungen der engliſchen, franzöſiſchen und belgiſchen Generalſtäbe. Alſo wieder völlige Iſolierung Hitler-Deutſchlands!

Eine engliſche Aeußerung über die Haltung der offiziellen *Schweiz* gegenüber dem Eintritt Rußlands in den Völkerbund ſei noch angeführt. In der Contemporary Review (November) ſchreibt Allen Malte Wagner: „Als die Vereinigten Staaten die diplomatiſchen Beziehungen mit Rußland aufnahmen, ſchrieb ein Schweizer Blatt: „Wir hätten niemals geglaubt, daß Amerika ſo tief ſinken könnte!“ Dieſe Aeußerung iſt umſo merkwürdiger, als die Schweiz ſeit Jahren mit weſteuropäiſchen Demokratien verbunden iſt, die ſchon längſt „ſo tief geſunken ſind“. *Dieſe unverzeihliche Kurzſichtigkeit* [von der Red. geſperrt] iſt der Tatſache zuzuſchreiben, daß einflußreiche Kreiſe in der Schweiz noch die Illuſion hegen, daß das Sowjet-Syſtem früher oder ſpäter untergehen werde, ein Glaube, der von gewiſſen Führern der deutſchen Reichswehr geteilt wird. Das iſt eine Illuſion..... Wer die innere Stabilität des gegenwärtigen Rußland bezweifelt, iſt abſichtlich blind. Je mehr wir ſeine innere Lage ſtudiert, deſto mehr haben wir uns von ihrer Dauer überzeugt“.

oder Aufhebung der privaten Waffenfabrikation. Ebenſo die engliſche Arbeiterpartei im Bunde mit den Liberalen. Ihnen tritt der famoſe Sir Simon mit ähnlichen Argumenten entgegen, wie man ſie an der Tagung der ſchweizeriſchen Völkerbundsvereinigungen gegen uns „Extreme“ vorbrachte. Baldwin verſpricht dafür eine baldige internationale Regelung. Macdonald ſchlägt ein Syſtem von behörlichen „Lizenzen“ (Erlaubniſſen) vor, das natürlich gar nichts hülfe.

Inzwiſchen erniedrigt die „nationale Regierung“ Englands deſſen alten Ruhm der Freiheit des Wortes ſo ſehr, daß ſie England mit Hilfe der ganz künſtlichen, der Stimmung des Landes von ferne nicht entſprechenden Parlamentsmehrheit eine Art Lex Häberlin beſchert, die ſogenannte Sedition Bill (Aufruhr-Bill), welche beſonders Armee und Flotte vor antimilitariſtiſcher Propaganda ſchützen will, aber urſprünglich ſo weit ging, daß ein engliſcher Biſchof (!) erklärte, damit könne man auch die Bergpredigt verbieten. Andererſeits hat der immer mehr zur traurigen Armſeligkeit herabſinkende einſtige Antimilitariſt Macdonald (ob er es je wirklich war oder bloß Franzoſenfeind?) es ſo weit gebracht, daß er dieſe engliſche Lex Häberlin mit dem gleichen Argument verteidigte, wie ſeine ſchweizeriſchen Geiſtesverwandten die ſchweizeriſche: daß ſie nämlich dazu beſtimmt ſei, „die Freiheit zu ſchützen“. Dagegen hat Rußland auf dem internationalen Kongreß des Roten Kreuzes in London beantragt, das Rote Kreuz möge die Initiative zu dem wahren Schutz der Zivilbevölkerung ergreifen, nämlich zur Beſeitigung des Krieges. Der Antrag iſt angenommen worden. Die ſchweizeriſchen Delegierten enthielten ſich der Stimme!

Die Kommiſſion der *Abrüſtungskonferenz* hat in Genf getagt und beſchloſſen, erſt im Jahre 1935, nach der inzwiſchen, wie man hofft, eingetretenen Klärung der politiſchen Lage, die Vollkonferenz einzuberufen. Auf dieſe ſetzt niemand mehr große Hoffnungen, aber wer weiß — Wendungen ſind immer möglich.

Der bürgerliche Kampf: Diktatur, Reaktion, Demokratie.

1. Wenn wir von der weltpolitiſchen Lage zu der innerpolitiſchen übergehen, ſo kommen wir nach der Logik der Dinge zuerſt zu *Frankreich.* Denn hier iſt der Zuſammenhang zwiſchen beiden am offenkundigſten. Ein durch eine unheilbare innere Kriſe geſchwächtes, ja vielleicht gar von Bürgerkrieg zerriſſenes Frankreich könnte ſeinen Freunden wie ſeinen Feinden als leichte Beute erſcheinen, das Vertrauen jener völlig verlieren und dieſe zur Benutzung des günſtigen Augenblicks reizen. Zugleich wäre ein faſchiſtiſch oder halbfaſchiſtiſch gewordenes Frankreich für alle vorhandenen Faſchismen und Reaktionen eine Stärkung und für werdende Faſchismen eine gefährliche

Ermunterung. Die weltpolitische Gefahr kombinierte sich hier mit der innerpolitischen, die Gefahr des nationalen mit der des sozialen Krieges.

Diese Gefahr ist vorläufig vorübergegangen. Das furchtbare Ereignis von Marseille mit seinem neuen, zu dem im Falle Stawisky und allem, was dazu gehört, hinzukommenden Versagen des staatlichen Apparates hatte die oppositionelle Erregung vollends zur Siedehitze gebracht. Das Opfer der beiden in erster Linie verantwortlichen Minister Chéron und Sarraut genügte nicht, um sie zu beschwichtigen. So fand der Ruf *Doumergues* nach dem „starken Staat" eine sehr günstige Resonanz. Der Kongreß der Radikalsozialisten, dieser großen, bisher immer wieder entscheidenden Mittelpartei, der diesmal in der durch das Edikt von Nantes berühmt gewordenen Stadt abgehalten wurde, konnte sich dieser Sachlage nicht entziehen. Zu der durch Marseille geschaffenen Gefahr gesellte sich die durch die Saarfrage und die drohende Haltung Hitler-Deutschlands erzeugte. Auf der andern Seite konnte die Partei die Doumergueschen Forderungen nicht in globo annehmen, ohne ihren politischen Bankrott zu erklären. Daher entschloß sie sich unter dem bestimmenden Einfluß Herriots zu einem Mittelweg: sie überließ es den radikalen Mitgliedern des Kabinetts Doumergue, selbst zu entscheiden, ob sie gegebenenfalls diesem noch angehören dürften oder nicht und setzten prinzipiell für die möglichen Konzessionen nur eine Grenze: die Schaffung „persönlicher Gewalten", das heißt, einer halbfaschistischen Diktatur des Ministerpräsidenten mit dem Recht, die Kammern aufzulösen, ohne, wie bisher die Verfassung für diesen Fall verlangte, die Zustimmung des Senates einzuholen. Man erwartete von Doumergue das übliche Entgegenkommen. Wider Erwarten versteifte sich dieser, vielleicht infolge der Rückenstärkung durch die Rechte, auf seine Forderungen. So blieb für die radikalen Minister nur die Demission übrig. Als nun auch die andere Partei der Mitte, die der „Demokratischen Allianz" mit ihrem Führer Flandin, sich gegen Doumergue wendete, dazu die Neosozialisten, da entschloß sich Doumergue zur Demission. An seine Stelle trat ein Kabinett *Flandin,* das die meisten Mitglieder des Kabinetts Doumergue einschließt, aber nicht den Marschall Pétain und den neosozialistischen Führer Marquet, der doch vorher aus seiner Fraktion ausgetreten war, um dem Kabinett Doumergue weiterhin angehören zu dürfen. Das neue Kabinett wird also eine Art Konzentration auf die Mitte darstellen, sozusagen jene „dritte Partei", nach der man in Frankreich ruft. Man erwartete eine Reaktion der Rechten gegen die Wendung, vielleicht gar in Form eines neuen 6. Februar, aber es blieb im wesentlichen alles ruhig. Das französische Volk will keine Diktatur, auch keine väterliche und gemäßigte.

Wer noch demokratisch denkt (was freilich auch bei den bürgerlichen Blättern der Schweiz keineswegs mehr selbstverständlich ist), wird für diesen Ausgang dankbar sein. Man braucht dabei für die

Kehrſeite des franzöſiſchen Parlamentarismus nicht blind zu ſein, ja man kann ſogar, wie der Schreibende, grundſätzlicher Gegner des Parlamentarismus überhaupt ſein und das ganze Uebel des aus der napoleoniſchen Zeit ſtammenden und auf Napoleons Zwecke zugeſchnittenen zentraliſierten, erſtarrten und jeder Korruption allzuleicht zugänglichen Bürokratismus vollkommen klar erkennen. Gewiß mag hier ganz tief gehende Reform am Platze ſein, bei der man vielleicht auch einen Proudhon fragen dürfte. Aber es handelte ſich jetzt nicht um den Kampf zwiſchen Bürokratismus und Parlamentarismus auf der einen und eine beſſere Demokratie auf der andern Seite, ſondern um den zwiſchen Faſchismus und Demokratie. Darum bedeutet die Niederlage Doumergues einen Sieg der Demokratie über den Faſchismus, der für dieſen ganzen Kampf, wie er in aller Welt geführt wird, große Bedeutung beſitzt. Man darf wohl auch ſagen, daß in dieſem Siege das franzöſiſche Volk ſeinem eigenſten Charakter treu geblieben iſt. Dieſen wird man wohl nicht im Gehorſam gegen die Parolen von der „Autorität" und dem „ſtarken Staat" ſuchen dürfen, ſondern in dem Geiſt der *Rebellion* gegen jede Art von Deſpotismus im Namen der Freiheit und freien Menſchlichkeit. Was den Parlamentarismus anbelangt, ſo fragt ſich noch, welches Uebel ſchlimmer ſei, die zu große Labilität des franzöſiſchen Regierungsſyſtems oder die zu große Stabilität des ſchweizeriſchen. Und ſchließlich hat jedes Volk auch die défauts de ses qualités, aber es darf nicht die qualités preisgeben, um die défauts los zu werden. Es hat ſeine Kraft in ſeiner Eigenart.

2. Anders iſt es, vorläufig, in *Spanien* gegangen. Dort verſucht nun die klerikale und faſchiſtiſche Reaktion, die Früchte ihres Sieges zu ſichern. Sie benutzt dafür die üblichen Mittel: die Aufhebung der Preſſefreiheit, des Verſammlungsrechtes und des Streikrechtes, die Schaffung einer der Diktatur gefügigen Militärmacht und ſo fort. Aufgehoben werden formell oder tatſächlich alle verwirklichten oder geplanten ſozialen Reformen. Kirche, Feudalismus und Großbourgeoiſie kehren in den geſicherten Beſitz ihrer Vorrechte zurück. Auch Kataloniens Autonomie ſcheint gefährdet.

Der Bürgerkrieg hat furchtbare Opfer gefordert. Die Aufſtändiſchen allein ſollen 5000 Tote, 9000 Verwundete und 60,000 Gefangene zählen, wovon auf Aſturien, dem Mittelpunkt des Kampfes, allein 2500 Tote und die entſprechende Zahl von Verwundeten fallen ſollen. Das ſpaniſche Proletariat muß in dieſen Kämpfen einen unvergleichlichen Heroismus bewieſen haben. Was von ſeinen Greueltaten berichtet wird, ſtammt zum allergrößten Teil aus der bekannten Lügenküche. Dagegen ſind die Greueltaten der Sieger, beſonders maſſenhafte Erſchießungen von „Rebellen", nur zu wirklich. Die Städte Oviedo und Gijon müſſen Zeugen furchtbarſter Szenen geweſen ſein.

Sozialismus und Demokratie ſind niedergeworfen, aber ſo wenig wie in Oeſterreich, ja vielleicht noch weniger, vernichtet. Schon wagten die Syndikaliſten einen neuen Generalſtreik. Die Regierung ſcheint ihrer Sache nicht ſo gar ſicher zu ſein. Sie hat ein einziges Todesurteil vollziehen laſſen. Auch auf das Militär war weniger Verlaß, als es den Anſchein hatte. Man mußte nach Aſturien Fremdenlegionäre ſchicken, darunter viele Marokkaner, die ſich dann auch entſprechend benahmen.

Die Fehler der Aufſtändiſchen ſind inzwiſchen auch deutlicher geworden. Es mangelte wieder an Plan und Einheit. Die in Spanien ſo einflußreichen anarchiſtiſchen Organiſationen ſpielten die Zuſchauer. Auf das Verſagen des Heeres rechnete man zu ſtark. In Barcelona ſah man ſich durch den General Batet verraten. Es fehlte an einer überlegenen, einheitlichen, hinreißenden Führung.

Ob Sozialismus und Demokratie nach all dieſen Erfahrungen mit dem Gewaltweg nicht endlich einen andern ſuchen, der zum ſicheren Siege führt?

In dieſer Beziehung iſt die gewaltige Geſchichte der *tauſend Bergleute von Fünfkirchen*, von der wir kurz berichtet haben, lange nicht genug beachtet worden. Dieſe Männer hätten mit einem gewaltſamen Aufſtand ſicher nichts ausgerichtet. Aber ſie ſchloſſen ſich mit Zuſtimmung ihrer Eltern und Gattinnen in den Gruben ein, verweigerten die Aufnahme von Nahrung, wieſen alle Verſuche, ſie von ihrem Vorhaben abzubringen, zurück und hielten ſo über hundert Stunden in der Tiefe aus, lieber ſterbend (oder auch ſich ſelbſt umbringend!) als nachgebend. Und ſiehe da: Zuerſt geriet die Gegend in Bewegung, dann ganz Ungarn, dann die Regierung, bis die Unternehmer nachgeben mußten. Dieſes Beiſpiel großartigen Heldentums zeigt einen Siegesweg, den wir noch viel zu wenig kennen. Dieſe Arbeiter haben Gandhis Methode angewendet, wohl ohne von Gandhi etwas zu wiſſen. Wer beſchreibt dieſe Geſchichte? Wer macht ein Drama daraus? Franz Werfel, wäreſt du nicht der Mann dafür? Oder Silone?

3. *Oeſterreich* verharrt im Zuſtand der Trümmerhaftigkeit. Außenpolitiſch ſchwankt man zwiſchen der völligen Abhängigkeit von Italien, die bis zu einer Parade öſterreichiſcher Staatspolizei vor Muſſolini geht, und einer gewiſſen Anlehnung auch an Frankreich und England. Die Intriguen von Papens vermehren dieſe Unſicherheit. Innenpolitiſch ſpürt man, daß das Regime keine richtige Grundlage hat. Nachdem man ohne Erfolg mit den Sozialdemokraten anzuknüpfen verſucht, probiert man es, wie es ſcheint, mit ebenſowenig Erfolg mit den „gemäßigten" Nationalſozialiſten.

Man ſchwankt, ob die Aktion Winter fortzuſetzen ſei oder nicht. Inzwiſchen verſchärft man das Preſſegeſetz, ſo daß nun keine periodiſche Druckſchrift erſcheinen darf, ohne daß dafür vorher die Erlaubnis der Regierung eingeholt worden wäre.

Aus all dieſer Verwirrung und Haltloſigkeit ſoll nun auf einen Schlag die *Ständeverfaſſung* befreien, die endlich einigermaßen fertiggeworden iſt. Es iſt nicht der Mühe wert, davon zu reden. Denn es iſt ein Machwerk ohne allen organiſchen Anhalt an der Wirklichkeit. Ein lebenswahrer Aufbau Oeſterreichs muß anders geſchehen und von anderer Seite her kommen.

4. Im Reiche *Adolf Hitlers* hat ſich, abgeſehen von dem Kirchenſtreit, während der Berichtszeit nicht viel bemerkenswert Neues vollzogen. Hitler hat ſich zum Diktator auf Lebenszeit (warum nicht gerade für ewig?) ernannt und die Reichsminiſter auf ſeine Perſon vereidigen laſſen. Es iſt im übrigen endgültig klar geworden, daß er nun bloß noch die Strohpuppe der Reaktion iſt. Schacht regiert über das Wirtſchaftsleben. Er hat neuerdings erklärt, daß von einer „Brechung der Zinsknechtſchaft", die bekanntlich eine der Hauptparolen des Nationalſozialismus war, bis auf weiteres keine Rede ſein könne. Um die Erregung über die Steigerung der Preiſe, die mit der Aufſtapelung von Vorräten für den Krieg zuſammenhängt, etwas zu beſänftigen, iſt der Oberbürgermeiſter von Leipzig, Dr. Gördeler, zum Reichsbevollmächtigten für dieſe Aufgabe ernannt worden. Der zu erwartenden großen Not des Winters will man wieder mit der ſogenannten Winterhilfe begegnen, an welche die Beamten bis zu 15 Prozent ihres Gehaltes beiſteuern ſollen. Zu den demagogiſchen Beſchwichtigungen, worin das Syſtem Meiſter iſt, gehört der Lohnabzug von 1 Prozent zugunſten der kinderreichen Arbeiter bei den andern.

In der Außenpolitik konzentrieren ſich die Bemühungen, wie gezeigt worden iſt, auf die Probleme Südoſteuropas und der Saar. Dazwiſchen erſtrebt man je nach Stimmung Verſöhnungen mit Muſſolini, ſogar mit Rußland. Mit Japan ſoll ein förmliches Bündnis beſtehen. Man wolle ihm jährlich eine Million Tonnen Soja-Bohnen abnehmen und wofür es dann deutſche Induſtrieprodukte kaufe. Auch wolle man ihm Hunderte von Fliegern liefern. In aller Welt arbeitet neben der Propaganda die Spionage und Beſtechung.

Zur Stützung des Syſtems dient nun auch das ſogenannte *Volksgericht* gegen „Landesverrat". Es hat letzthin ein paar Dutzend Todesurteile gefällt und ſoll davon neun vollzogen haben. Beſonders gefährdet ſei jener *Kurt Liebermann,* den man mit Hilfe faſchiſtiſcher Magiſtraten aus Holland hat entführen dürfen. Liebermann (den der Schreibende perſönlich kennt), verdient es, daß man ſich für ihn mit aller Wucht einſetzt. Jene Erſchießungen ſollen zum Teil mit dem Wiſſen um den 30. Juni zuſammenhängen; auch ſei das „Volksgericht" dazu beſtimmt, den 30. Juni zu erſetzen. Als zuviel Wiſſende ſeien auch einige höhere Beamte der Geheimpolizei (Geſtapo) im Konzentrationslager von Lichtenburg abgetan worden. Ebenſo ſind die an der Ermordung Horſt Weſſels gar nicht wirklich beteiligten Kommuniſten Sally Eppſtein und Hans Ziegler zum Tode verurteilt worden. Auch das Syſtem

der *Ausbürgerungen* funktioniert. Neuerdings ſind davon u. a. Otto Straßer, Leonhard Frank, Prinz Max Karl von Hohenlohe und Prinz Hubertus von Löwenſtein betroffen worden.

Daß Hitler der Boden immer mehr entſchwindet, iſt wohl eine nicht zu bezweifelnde Tatſache. Die SA.- und SS.-Formationen ſind zerfallen, die Univerſitäten rebellieren immer ſtärker. Der Mittelſtand iſt mit jedem Tag mehr enttäuſcht. Schwere Bauernaufſtände, gelegentlich mit Dutzenden von Toten und entſprechend vielen Verletzten, werden aus Schleswig-Holſtein, Oſtpreußen und anderwärts gemeldet. Vor allem aber iſt der Aufſtand des Kirchenvolkes bedenklich. Trotz aller Huldigungen ſeiner Führer an das politiſche Regime ſteckt doch ſicher auch viel *politiſche* Oppoſition dahinter. Er iſt jedenfalls eine ganz ſchwere Erſchütterung der Autorität des „Gottgeſandten". Kein Wunder, wenn, wie man behauptet, deſſen „Nerven" verſagen. Auch ein Attentat auf ihn ſei in München verſucht worden.

Aber die Gefahr für Deutſchland und die Welt wird dadurch um ſo größer. Alles kommt darauf an, daß innerhalb und außerhalb Deutſchlands Mächte da ſind, die den Wahnſinn verhindern, Deutſchland und die Welt in Flammen zu ſetzen, ſo wie einſt den Reichstag. Man hat trotz allem Grund zur Annahme, daß ſie vorhanden ſind.

5. Folgen wir raſch dieſen Entwicklungen noch in die übrige Welt. Auch *China* kennt, wie Japan, einen Faſchismus. Ihn repräſentiert vor allem Tſchian-Kai-Schek. Er hat ſeine Organiſation der „Blauhemden". Dieſen gibt er die altchineſiſchen Parolen: Li, y, lien, schik — Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Unbeſtechlichkeit, Ehrfurcht (ordre, autorité, discipline). Zu dem japaniſchen Nationalismus ſtellt er ſich ſeit langem freundlich. Mit den „Kommuniſten" des eigenen Landes, die ganze Provinzen beherrſchen, liegt er in unentſchieden ſchwankendem Kampf. Sogar *Siam* erlebt politiſche Zuckungen, die zur Demiſſion des Königs führen. *Griechenland* ſcheint ſich durch die Wahl von Zaimis zum Präſidenten wieder der Diktatur erwehrt zu haben. In *England* hat Mosley nun, um ſeiner ermatteten Bewegung neuen Schwung zu verleihen, zum Antiſemitismus gegriffen. Die *Konſervativen* haben an ihrem Parteitag freilich die Dye-hards noch einmal abgewehrt, aber die Sedition Bill durchgebracht. Dafür bereiſt, wie ſchon letztes Mal berichtet worden iſt, Staatsſekretär Eden die ſkandinaviſchen Länder, die ihre Demokratie immer neu beſtätigen, um ſie enger mit Großbritannien zu verbinden. Kulturell ſoll England dort wie auch in den baltiſchen Ländern ſtarke Gewinne verzeichnen.[1]) Ueberall rücke die engliſche Sprache vor, meiſtens unter Verdrängung der deutſchen. Möge nur England ſelbſt ſich bald wieder finden!

[1]) *Finnland* hat daneben ſeinen nationaliſtiſchen Sprachenſtreit. Es ſtehen 3,1 Millionen Finnen 400,000 Schweden gegenüber. Deren Sprache und Kultur ſoll nun von der nationaliſtiſchen halb- oder ganzfaſchiſtiſchen Bewegung möglichſt geſchwächt, die Univerſität in Helſingfors, die bisher zweiſprachig war, einſprachig werden.

Gandhi.

Es entſpricht wohl dem Wunſche vieler Leſer, wenn über Gandhi noch ein Wort geſagt wird. Ueber die Gründe ſeines Rücktrittes von der Leitung des Allindiſchen Kongreſſes verbreitet ſich nun etwas mehr Licht. Gandhi ſei beſtürzt über Erſcheinungen von Korruption im Schoße der Partei. Er habe auch das Gefühl, die Non-Violence ſei für viele ihrer formellen Anhänger keine ganz ehrliche Sache. Sie müßte tiefer begründet werden. Er wolle ſich ſeinerſeits mehr der Arbeit an dem *Dorfe* im Zuſammenhang mit der „Dorfvereinigung" widmen. Hier ſpielte der Khaddar aufs neue ſeine Rolle. Symboliſch dafür ſei die Forderung Gandhis an die Kongreßmitglieder, daß jeder ſich verpflichte, ein beſtimmtes Quantum Material dafür zu ſpinnen!

Vor allem aber liege ihm die Aufgabe an, die Einigung und Befreiung des indiſchen Volkes *von unten her*, durch die Auflöſung des Kaſtenſyſtems, vorzubereiten. Dieſem Ziele diene ſein Kampf für die Parias.

Alſo Ausbreitung und Vertiefung des Kampfes, nicht Rückzug!

Soziale Gärung, Sozialismus, Faſchismus, Kommunismus.

Als einen gewaltigen Sieg der Demokratie darf man wohl auch *Rooſevelts Wahlerfolg* betrachten, der ihm in beiden Häuſern eine Mehrheit von mehr als zwei Dritteln verſchafft. Das alte Zweiparteienſyſtem ſcheint beinahe aufgelöſt zu ſein. Inzwiſchen hat ſich auch die Umgeſtaltung der *Nira* vollzogen. Es hat ſich ein National Industrial Emergency Comittee (Nationales Notſtandskomitee für die Induſtrie) gebildet, an deſſen Spitze Donald Richberg ſteht. Das bedeutet einen „Ruck nach links". Richberg hebt im Intereſſe des Konſumenten die Produktionsbeſchränkungen und die Preisfixierung auf. Die Arbeitsloſigkeit wächſt aber eher wieder. Was den „Ruck nach links" betrifft, ſo iſt jedenfalls eine Radikaliſierung der *Gewerkſchaftsbewegung* Tatſache. Sie kommt auch darin zum Ausdruck, daß an Stelle der alten und konſervativen horizontal oder craft Unions, einer Gliederung der Gewerkſchaften nach dem *Beruf*, mehr die vertical oder induſtrial Unions treten, eine Gliederung nach den *Induſtrien*, die umfaſſender und wirkſamer iſt. Die Radikaliſierung hat aber auch die übrigen Volksſchichten ergriffen. Das beweiſt neben den Bekenntniſſen von Tauſenden von Geiſtlichen, von denen wir berichtet, auch die Wahlaffäre *Upton Sinclairs*. Dieſer iſt zwar beſiegt worden, hauptſächlich, wie es ſcheint, weil es gelang, gegen ihn die bedrohte „Religion" aufzubieten (ohne Recht, denn Upton Sinclair iſt wohl Religionskritiker, aber nicht Chriſtusleugner), hat aber doch gewaltig viel Stimmen gemacht. Auch das antikapitaliſtiſche *Genoſſenſchaftsweſen* nimmt, wie ein in Chicago ſtattgefundener Kongreß zeigt, einen neuen Aufſchwung.

Glänzende *Siege* werden auch wieder dem *Sozialismus* zuteil. Und zwar zunächſt auch vor allem in der angelſächſiſchen Welt, und ſpeziell in *Großbritannien.* Nachdem eine Reihe von großen Erfolgen bei den Nachwahlen zum Unterhaus vorausgegangen waren, haben die Kommunalwahlen der Arbeiterpartei nicht weniger als 770 Sitze auf einmal (bei 28 Verluſten) eingebracht, die faſt alle den Konſervativen abgenommen ſind. Eine Mehrheit für Labour erſchiene nun auch für das Unterhaus gewiß, wenn *jetzt* Wahlen ſtattfänden.

Ein Hauptthema des internationalen Sozialismus bleibt ſeine *Einigung.* In Brüſſel haben Verhandlungen über ein einheitliches Vorgehen in bezug auf Spanien zwiſchen der Zweiten und Dritten Internationale ſtattgefunden, vorläufig ohne Ergebnis. — *Rußland* rüſtet ſich zu Sowjetwahlen. Es erlebt wieder allerlei Korruptionsfälle, die aber mit Feuer und Eiſen erledigt werden. Aufſehen erregt hat ein Geſpräch zwiſchen *Stalin* und dem engliſchen Schriftſteller *Wells,* das veröffentlicht worden iſt. Wells vertritt darin einen halb bürgerlichen, ſehr reformiſtiſchen, aber demokratiſchen und auf die Gewalt verzichtenden Sozialismus, Stalin einen gemäßigten Leninismus. Wells macht ſeine Sache ſchlecht und Stalin iſt darum deutlich der Ueberlegene. Ueberhaupt *gewinnt* Stalin durch dieſes Geſpräch, was natürlich noch nicht heißen will, daß er recht habe.[1])

Ein Zeichen, daß der Sozialismus lebt, iſt auch der Umſtand, daß die *Faſchismen* mit ihm rechnen müſſen. Der Aktion Winter in Oeſterreich entſpricht die Aktion Caldara in Italien. Mit Hilfe dieſes einſtigen Bürgermeiſters von Rom will Muſſolini offenbar den Sozialismus wieder in ſeine Kreiſe ziehen. Er hat inzwiſchen auch ſeinen *Korporationenſtaat* fertiggebracht und auf dem Kapitol feierlich proklamiert. Aber es iſt ein *Gemächte,* ſo gut wie der Ständeſtaat Oeſterreichs. Denn es fehlen dafür die wirtſchaftlichen und moraliſchen Vorausſetzungen. Das weiß Muſſolini ſelbſt ganz gut. Die Korporations-Idee war ihm wohl nie viel mehr als eine für ſeine Macht nützliche Fiktion. Er warnt denn auch davor, von der neuen Inſtitution „Wunder zu erwarten". Man müſſe „mit einer mehr oder weniger langen Periode von Experimenten rechnen". „Es wäre verfrüht, vorauszuſagen, wie ſich dies Syſtem in Italien und anderwärts entwickeln wird. Wir ſtehen gegenwärtig am Anfang, nicht am Ziel." Darum iſt dieſe Feier auf dem Kapitol ſchwerlich das wichtigſte Ereignis in der Geſchichte

[1]) Noch ein Urteil über Rußland. *Ernſt Toller* ſchreibt im „New Statesman" (No. 3, 34): „Mein ſtärkſter Eindruck von Rußland iſt, daß, während in rein faſchiſtiſchen Ländern die geiſtige Freiheit immer mehr eingeengt wird, in U. S. S. R. die intellektuelle Freiheit im *Wachſen* iſt. Es ſind Zeichen vorhanden, daß die Beſchränkungen der Geiſtesfreiheit, die das Sowjetſyſtem bisher für nötig hielt, ſehr ſtark gelockert werden. An den Schriftſtellerkongreß gab der Sowjetvertreter geradezu die Erklärung ab: „In U. S. S. R. hat jeder Schriftſteller die Freiheit, zu ſchreiben was er will, aber er hat nicht die Freiheit, ſchlecht zu ſchreiben".

Italiens, als das Muſſolini ſie bezeichnet. Aber intereſſant iſt, wie Muſſolini nun der franzöſiſchen Revolution und der Demokratie wieder ihr Recht zuerteilt und ſoziale „Gerechtigkeit“ proklamiert:

„Das vergangene Jahrhundert hatte die Gleichheit der Bürger vor dem Geſetz proklamiert, und dies war eine Errungenſchaft von gewaltiger Tragweite. Das Jahrhundert des Faſchismus hält dieſen Grundſatz aufrecht und feſtigt ihn ſogar, aber es fügt noch einen andern und nicht weniger wichtigen hinzu: die Gleichheit der Menſchen vor der Arbeit als Pflicht, Recht, Schaffensfreude, die das Leben erweitern und adeln, nicht abtöten und erdrücken ſoll.“

Was iſt das anderes als die *ſozialiſtiſche* Formel: von der politiſchen zur ſozialen Demokratie!

So triumphieren Sozialismus und Demokratie im Faſchismus über den Faſchismus.

Die Kirchen in Kampf und Abfall.

Darf man die Wendung im deutſchen Kirchenſtreit auch als einen Sieg der Demokratie, diesmal der religiöſen, betrachten? Die Entſcheidungen, von denen ich das letzte Mal ſchrieb, daß ſie nicht mehr zu vermeiden ſeien, ſind gefallen — vorläufig.

Zuerſt kam ein weiterer Vorſtoß der Oppoſition, der ſogenannten Bekenntniskirche, indem dieſe endgültig dazu überging, ſich als ſelbſtändige Kirche zu konſtituiern, Pfarrer einzuſetzen und Kirchenſteuern zu beanſpruchen. Das ſchien endlich die völlige Spaltung zu ſein, das *Schisma*, das man ſolange ſchon gefürchtet oder erhofft hatte. Darob ſind doch auf der andern Seite viele erſchrocken. Es kam plötzlich zu einem Einſchwenken Hitlers. Nachdem er noch überlegt hatte, ob er nicht vierhundert Pfarrer der Oppoſition ins Konzentrationslager ſolle bringen laſſen, beſann er ſich, gewiß unter viel Zureden von gewichtiger Seite, eines andern. Jäger wurde geopfert, zur Vereidigung Müllers kam es nicht. Auch der Hitler-Eid der Pfarrer wurde in aller Stille fallen gelaſſen. Hitler erklärte, „kein weiteres Intereſſe mehr an den Vorgängen der deutſchen evangeliſchen Kirche zu nehmen“. Biſchof Meiſer wurde wieder in ſein Amt eingeſetzt, Wurm aus ſeiner Polizeihaft befreit, wenigſtens dem Dekret nach. Müller verſprach ſeinerſeits eine Ueberprüfung der Diſziplinarfälle und eine Gemeindeordnung, die dem Laienelement ihr Recht gebe. Ein Biſchofsrat ſolle an Stelle der geiſtlichen Diktatur treten. Man erwartete, er werde ſelbſt gehen. Aber auf einmal gab es wieder einen Halt. Müller will ſich behaupten, Frick verbietet abermals jede Erörterung des Kirchenkampfes in der Oeffentlichkeit. Die Bekenntniskirche ihrerſeits konſtituiert ſich weiter und erklärt ſich allein als die wirkliche Kirche, alle andern ausſchließend. Sie fährt auch mit dem Biſchof-Mummenſchanz ab und gibt ihrem Vorſitzenden den Namen „Präſes“. Ihr

ſtrömen immer neue Scharen von Pfarrern und Laien zu. 118 Theologieprofeſſoren fordern Müllers Abſetzung. Hinter dem Biſchof Zänker von Schleſien z. B., der zu ihr ſtößt, ſtehen 850 von 900 Pfarrern. Niemand wagt ſie darin ernſtlich zu hindern. Ebenſowenig wagt man, in Berlin gewaltige Verſammlungen der Bekenntniskirche zu verbieten.

So ſtehen augenblicklich die Dinge. Zwei Fragen drängen ſich auf:

Einmal: Wie iſt es zu dieſem Umfall Hitlers gekommen? Die Antwort iſt wohl ziemlich einfach. Dieſer Umfall erklärt ſich aus der ſtarken Schwächung der ganzen Stellung Hitlers, dazu vielleicht auch aus ſeiner Hilfloſigkeit gegenüber einer ſolchen geiſtigen Macht. Dann aber ſpielt die hohe Politik ohne Zweifel mit. Hitler darf wegen der Saarfrage und wegen England nicht allzuſehr den religiöſen Unterdrücker und Verfolger ſpielen. Womit auch geſagt iſt, daß dieſe neue Haltung nicht prinzipiell, ſondern bloß opportuniſtiſch iſt und nicht endgültig, ſondern bloß vorläufig. Ich glaube überhaupt, daß in dieſem Kampfe eine „Dynamik" im Spiele iſt, die dafür ſorgt, daß es zu *endgültigen* Entſcheidungen kommen muß.

Und die zweite Frage: Handelt es ſich alſo wirklich um einen *Sieg* der Oppoſition und welche Tragweite beſitzt er? Ich antworte: Ein Sieg iſt es wohl, wenigſtens ein vorläufiger. Was aber die Tragweite betrifft, ſo ſehe ich die Perſpektive ſo: Wieder verſichern die Führer der Oppſition, daß ſie Hitler politiſch vollkommen anerkennen und ihm huldigen.

„Wir machen uns als Chriſten nicht zum Herrn und Richter über die Geſchichte, weil wir nicht den Auftrag haben, Gott in den Arm zu fallen und ihm Wege vorzuſchreiben. Es iſt dem Ausland weithin entgangen, daß ſchon ſeit 1918 eine radikale Neugeſinnung der evangeliſchen Kirche eingeſetzt hat, eine Reformation des Glaubens, die die Kirche tief erſchütterte. Die Erneuerung richtet ſich gegen die Verfälſchung des evangeliſchen Glaubens durch Ideen, die ſich der Menſch ſelber macht. Das Ausland möge nicht vergeſſen, daß wir weder durch den Staat noch durch die Partei zu Staatsfeinden erklärt worden ſind. Wir fühlen uns daher für verantwortlich, dem Staate und der Partei vorzuleben, was Kirche iſt, indem wir am Bekenntnis und an der Kirche bauen."

Aber wenn dem ſo iſt, was nützt dann der Kirche ihre Selbſtändigkeit? Iſt *das* ihr Ziel, daß ſie ſich in ihren Eigenraum zurückziehen darf, um dort ungeſtört Theologie zu treiben? Von dieſer Selbſtändigkeit hätten dann wohl Paſtoren und Profeſſoren, Dekane und Superintendenten etwas, nicht aber Gott und die Menſchen. Das wäre kein Sieg, über den ſich zu freuen man viel Urſache hätte. Ich glaube ja aber auch nicht, daß es dabei bleiben wird. Es handelt ſich nach meinem Urteil nur um ein Vorgefecht. Die eigentliche Schlacht wird erſt kommen, wenn einſt, nach dem Sturz des Regimes, die Sturmflut der religiöſen Revolution heranbrauſt, von ganz anderer Seite her. Gegen dieſe Flut werden die Dämme der Bekenntniſſe des ſechzehnten Jahr-

hunderts nicht halten; ſie genügten, um der Hitlerflut zu wehren, aber ſie werden nicht genügen, um den Antichriſt und den Chriſt abzuhalten. Es iſt gewiß ſchon etwas Großes gewonnen mit dem Schnitt zwiſchen der Lutherkirche und den beſtehenden Mächten. Damit iſt ein Fluch von Jahrhunderten teilweiſe getilgt. Und all der Mut des Glaubens, der ſich in dieſem Kampfe bewährt, verdient Ehre und Dankbarkeit. Aber hinter der Scheidung von Kirche und Staat kommt die von Kirche und Reich Gottes. Der *größere* Kampf wartet noch. In dieſem ganzen Kampf aber iſt gewaltige *Verheißung*.

Die *katholiſche* Kirche hat ſich ſelbſt dieſer Verheißung zum guten Teil beraubt, indem ſie den Kampf, den die „Laien" und viele Prieſter kämpften und viele andere gern gekämpft hätten, von Rom aus durch Politik hemmte. Der Hirtenbrief der katholiſchen Biſchöfe gegen das Nazitum blieb unveröffentlicht! Und nun tritt wohl eine neue, ganz ſchwere Verſuchung an ſie heran: die Verſuchung, den Umſtand, daß ihre Haltung in der *Saarabſtimmung* den Ausſchlag gibt, zu kirchlichem Machtgewinn auszunutzen. Wenn ſie dieſer Verſuchung erliegt, worauf allerlei hinweiſt, dann wird ſie es ſchwer zu büßen haben.

Ohnehin iſt ſie durch gewiſſe Entwicklungen ſchwer belaſtet. Ihre bisherige Stellung gegenüber dem Faſchismus und Nationalſozialismus, ihre Haltung in Oeſterreich haben ihr mehr geſchadet, als ſie wohl ahnt. Und nun wieder die *ſpaniſchen* Geſchehniſſe, wo ſie mit den Feudalherren des Bodens und des Geldes gegen das Volk ſteht! Was in *Mexiko* vor ſich geht, könnte ihr eine Warnung ſein. Dort iſt längſt die Reaktion gegen dieſe Haltung eingetreten. Sie nimmt neuerdings wieder ſchroffere Formen an. Die Schule wird der Kirche gänzlich entriſſen. Kirchen werden in Schulen verwandelt. Kirchenhäupter werden mit Landesverweiſung oder Verhaftung bedroht. Und wenige ſtehen zu ihr. Auch das Schickſal der ruſſiſchen Kirche könnte zur Mahnung dienen.

Statt deſſen ſind offizieller Katholizismus und offizieller Proteſtantismus ſo verblendet, daß ihre einzige Folgerung aus den *ruſſiſchen Dingen* der blinde, fanatiſche Kampf gegen die ruſſiſche „Gottloſigkeit" iſt. Es iſt tieftraurig, zu ſehen, wie viele Proteſtanten ſich durch die Hetze der ſogenannten Liga für das Chriſtentum, wie ſie neuerdings in einer maſſenhaft verbreiteten Flugſchrift zum Ausdruck kommt, die den Titel „Alarm" trägt, beeinfluſſen laſſen. Mit Recht heißt es in dem Schriftchen: „Die Chriſtenheit geht dem Abgrund entgegen", nur iſt das Wort anders zu verſtehen: *Dieſer* Weg führt zum Abgrund. Davor bewahrt die römiſche Kirche kein rieſenhafter „euchariſtiſcher Kongreß" und die proteſtantiſche keine „theologiſche Beſinnung".

Daß in der angelſächſiſchen Chriſtenheit (trotz Californien!) weithin ein anderer Geiſt ſich regt, habe ich wiederholt gezeigt. Dort er-

hebt das totgesagte „soziale Evangelium" aufs neue und viel mächtiger als früher sein Haupt. Davon soll etwa wieder ausführlich geredet werden.

Trotz allem: Vexilla Dei prodeunt! [1])

13. November 1934. *Leonhard Ragaz.*

Rundschau

Zur Chronik.

I. Weltpolitisches. 1. *Außer Europa.* Durch die Ratifikation des Vertrages von Rio de Janeiro ist der Konflikt zwischen Peru und Paraguay wegen dem Besitz von Lätizia endgültig beigelegt worden.

2. *In Europa.* In *Belgien* hat eine Kabinettskrise stattgefunden. Das Ministerium de Brocqueville ist wegen Finanzfragen (und Widerstand gegen seine autoritär-diktatorischen Ansprüche?) zurückgetreten und durch ein Ministerium Theunis ersetzt worden.

II. Soziales und Sozialistisches.

1. Eine Konferenz der *Goldblockländer* hat in Brüssel stattgefunden.

In *Italien* soll die Vierzig-Stundenwoche eingeführt werden. Hoffentlich hat das Gesetz nicht soviel Löcher wie dasjenige über die Sonntagsruhe.

2. Die *belgische sozialdemokratische Partei* hat wegen der verhängnisvollen Affäre der Banque du Travail eine große Reinigung und Bestrafung vorgenommen. Auch der alte Anseele ist davon betroffen — ein schweres Los!

In *Australien* hat eine bürgerliche Koalition mit geringer Mehrheit über die Arbeiterpartei gesiegt.

III. Schweizerisches. 30,000 *Gewehre* mit 100 Patronen für ein jedes sollten mit Erlaubnis des Bundesrates nach Spanien, an „eine mächtige Partei" (welche?) geliefert werden. Sie seien dann angehalten worden, weil sie allfällig den Aufständischen zugute gekommen wären. Stimmt diese letztere Angabe?

Großes Aufsehen erregt ein von der israelitischen Kultgemeinde von Basel gegen den „Volksbund" der Herren Leonhard und Zander angestrengter Prozeß wegen der vom „Volksbund" verkauften *„Protokolle der Weisen von Zion"*, der gegenwärtig in Bern stattfindet und in dem als Experten u. a. Männer wie Professor Miljukow, der berühmte liberale russische Politiker, Professor Baumgarten in Basel und der Schriftsteller Carl Loosli auftreten. Es wird dadurch die den Kundigen längst vertraute Wahrheit über dieses verhängnisträchtige Machwerk in noch weitere Kreise getragen. Bekanntlich hat Hitler es sorgfältig studiert und die dort den Juden in den Mund gelegten Grundsätze eifrig selber angewendet. Welch blutige Ironie!

IV. Kirchliches.

In Berlin hat ein *Weltkongreß der Baptisten* stattgefunden, dem man offenbar um des guten Eindrucks im Ausland willen, und weil man solche Leute nicht für allzu gefährlich hält, eine gewisse Redefreiheit eingeräumt hatte.

In der „Neuen Zürcher Zeitung" (Nr. 1865) wird berichtet: „Da war es der derzeitige Präsident der Ostasien-Mission, Pfarrer D. Dr. *Oskar Pfister* aus Zürich, der anknüpfend an das Wort *Hindenburgs*, das er kurz vor seinem Tode

[1]) Gottes Fahnen rücken vor!

um ihre politisch-reaktionären Zwecke damit durchzusetzen. Und diese Liga kämpft gegen die „Gottlosigkeit"!

Einem solchen Treiben muß entgegentreten, wer nicht dulden will, daß Christus derart mißbraucht wird. Es ist aber auch klar, daß man einer solchen Quelle nicht Vertrauen schenken darf. Briefe kann man leicht zusammenstellen. Ich bin selbst einst einer direkten Aktenfälschung zum Zwecke der Verleumdung Rußlands zum Opfer gefallen und seither kritisch geworden. Die Wahrheit — sei sie so oder so — muß mit *reinen* Augen gesucht und mit *reinen* Händen ans Licht gebracht werden.

Und noch Eines! Diese Flugschrift an das Schweizervolk nennt sich „Alarm". Ich möchte dazu bemerken: Alarm ist freilich nötig, aber Alarm des Schweizervolkes gegen die Tendenz, die hinter diesem „Alarm" steht. Es ist ein bekannter Plan der Weltreaktion, einen Kreuzzung gegen Rußland zustande zu bringen, beim größten Teil der Planenden wahrhaftig nicht für Christus, sondern für das Petroleum, den Geldsack und was damit zusammenhängt. Die geistliche Führung in diesem Kreuzzug ist dem Vatikan, die weltliche — Adolf Hitler zugedacht. Im Dienste dieses Planes steht der „Alarm" an das Schweizervolk. Ob die Urheber das wissen oder nicht, ändert daran nichts! Sie erklären auch, daß sie nicht einen Kreuzzug mit Waffen wollten. Aber alles, was sie sagen, ist geeignet, zu einem solchen aufzuhetzen, ob das nun ihr Wille sei oder nicht. Darum muß man vor diesem „Alarm" das Schweizervolk nicht nur im Namen Christi und des Völkerfriedens, sondern gerade auch im Namen der Schweiz warnen.

Aus der Arbeit

Religiös-soziale Gruppe Bern.

Wir machen die Leser der „Neue Wege" von Bern und Umgebung schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir im Januar einen Kurs von Prof. Dr. *L. Ragaz* aus Zürich veranstalten, betitelt: *„Die Lage und unser Weg."* Es sind dafür folgende vier Abende vorgesehen: 1. Mittwoch, 23. Januar, 2. Donnerstag, 24. Januar; 3. Dienstag, 29. Januar; 4. Mittwoch, 30. Januar. Die zwei ersten Abende werden dem Thema: *„Die religiöse Lage und unser Weg"*, die zwei folgenden der Frage: *„Die politische Lage und unser Weg"* gewidmet sein. Die Veranstaltung findet im Konferenzsaal der Französischen Kirche, Zeughausgasse, statt.

Wir bitten alle Neue-Wege-Leser, sich schon jetzt die genannten Abende zum Besuche dieses Kurses vorzumerken.

Der Ausschuß der Gruppe Bern
der schweizerischen religiös-sozialen Vereinigung.

Berichtigung.

Im *Novemberheft* sind eine Anzahl Druckfehler zu verbessern. Es ist zu lesen: S. 481, Z. 15 v. unt.: *„religionspedantisch"* (statt „religiös-pedantisch"); S. 482, Z. 2 v. unt.: *„Wachsenlassen"* (statt „Wachenlassen"); S. 506, Z. 11 v. ob.: *„Donau-Gefahr"* (statt „Donau-Gefahren"); Seite 524, Z. 11 v. ob.: *„sehen, auch"* (statt sehen auch"); S. 530, Z. 20 und 1 v. ob.: *den* Kampf (statt „Kampf") und *„einsetzende"* (statt „einsetzenden").